

Wurzeln und Visionen

Hans-Jürg Fehr, Nationalrat (SH), Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort!

Der liberale deutsche Politiker und Soziologe Ralf Dahrendorf hat das 20. Jahrhundert als das sozialdemokratische bezeichnet, wobei er natürlich die 2. Hälfte meinte, nicht die barbarische erste Hälfte. Und er dachte an Europa, nicht an die ganze Welt. Dennoch: Das ist ein ganz grosses Kompliment aus berufenem Mund. Dahrendorfs Auffassung ist inzwischen Allgemeingut geworden. Aber sie steht in einem merkwürdigen Widerspruch zur anderen, ebenfalls weit verbreiteten Auffassung, wonach sich die Arbeiterklasse und die organisierte Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit durch Verbürgerlichung aufgelöst hätten und somit gesellschaftlich unsichtbar, d.h. bedeutungslos geworden seien. Was gilt jetzt? Ist die sozialdemokratisch geprägte Arbeiterklasse verschwunden oder hat sie der Nachkriegszeit ihren Stempel aufgedrückt?

Beides ist passiert. Gleichzeitig. Es hatte vorher ein halbes Jahrhundert lang diese proletarische Subkultur gegeben, eine richtige Parallelgesellschaft, die als Reaktion auf die systematische Ausbeutung und Ausgrenzung der Arbeiterklasse entstanden war, eine beeindruckende Vielfalt von Kultur- und Sportvereinen, von Verlagen, Druckereien und Zeitungen, von Produktiv- und Konsumgenossenschaften, von Gewerkschaften und Parteien. Diese Parallelgesellschaft ist in den 60er- und 70er Jahren tatsächlich weitgehend verschwunden durch Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft. Gleichzeitig aber wurde diese bürgerliche Gesellschaft durch die Integration sozialdemokratischer Kernanliegen grundlegend verändert. Die Verbürgerlichung der Arbeiterschaft lief parallel zur Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft.

Was heisst das konkret? Was hat unsere Bewegung so Entscheidendes bewirkt, dass die Nachkriegszeit zur sozialdemokratischen Epoche wurde? Es sind vor allem vier fundamentale Errungenschaften:

- Wohlstand für alle
- Der Sozialstaat
- Die Sozialpartnerschaft in den Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen
- Partnerschaftliche statt patriarchalische Geschlechterbeziehungen.

Das ist das Erbe der Arbeiterbewegung. Und das ist es auch, was wir heute verteidigen müssen gegen die neoliberalen Reaktionäre. Ihre Angriffe gelten nämlich exakt diesen unseren Errungenschaften - dem Sozialstaat, der gerechten Wohlstandsverteilung und den partnerschaftlichen Beziehungen in Familie und Arbeitswelt. Sie kürzen die Renten, sie privilegieren

die Reichen, sie kündigen Gesamtarbeitsverträge und sie wollen die Frauen zurückschicken an den Herd. Die neoliberale Aggression gegen das sozialdemokratische Erbe ist voll im Gang. Sie zwingt uns in die Verteidigung und setzt uns dem Vorwurf aus, eine konservative oder strukturerhaltende Partei geworden zu sein. Von diesen Vorwürfen sollten wir uns nicht irritieren lassen:

- Wenn es konservativ ist, die AHV-Renten zu verteidigen, sind wir halt konservativ;
- Wenn es strukturerhaltend ist, für gerechte Steuern zu kämpfen, sind wir halt strukturerhaltend;
- Und wenn es altmodisch sein soll, die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter zu thematisieren, sind wir halt altmodisch.

Wir dürfen uns von solchen Etikettierungen nicht beeindrucken lassen. Wir dürfen uns die eigene historische Leistung nicht madig machen lassen. Wir dürfen unser Erbe nicht verraten. Wir sollten es im Gegenteil stolz verteidigen und deutlich machen, woher eigentlich der Gegenwind weht. Er kommt aus der Ecke der neoliberalen Reaktionäre, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, hinter die sozialdemokratisch geprägte Epoche zurück, und es ist unsere Aufgabe, sie daran zu hindern. Es ist unsere Aufgabe zu verhindern, dass das sozialdemokratische 20. Jahrhundert beseitigt wird.

Zu unserem historischen Erbe gehört auch die Partnerschaft mit den Gewerkschaften. Die gleichen Kreise, die uns konservativ nennen, weil wir den Sozialstaat verteidigen, werfen uns diese Partnerschaft vor, und ich stelle mit Erstaunen fest, dass es in unserer Partei Exponenten gibt, die ihre Distanz zu den Gewerkschaften als Tugend anpreisen. Ich halte das für fatal. Wer glaubt, damit einen Kurs der Stärkung oder der breiteren Akzeptanz in der Bevölkerung zu fahren, täuscht sich hundertprozentig. Wir haben in der vergangenen Legislatur acht Volksabstimmungen über Vorlagen mit sogenannten gewerkschaftlichen Inhalten gehabt. In diese acht Abstimmungen sind wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften gegangen. Fünf davon haben wir gewonnen, zwei endeten unentschieden, eine verloren wir. Das ist eine hervorragende Bilanz. Am letzten Sonntag haben wir sie mit dem gemeinsam getragenen Referendum gegen die Steuergeschenke für Grossaktionäre noch aufpoliert. Diese Bilanz beweist, dass uns die Partnerschaft mit den Gewerkschaften stärkt, dass sie uns mehrheitsfähig macht. Und **das** ist der Grund für die Kritik an unserer Gewerkschaftsnähe. Es ist der Erfolg dieser Partnerschaft, die gewissen Kreise stört, nicht der Misserfolg.

Die Gewerkschaften sind zwar unsere historischen Partnerinnen, aber sie müssen es nicht deswegen bleiben, nicht weil das halt schon immer so war. Wir lassen uns nicht von Nostalgie leiten, sondern von Vernunft. Sie sind Partnerinnen, weil sie uns politisch so nahe stehen wie sonst niemand und sie sind Partnerinnen, weil sie die einzige linke Massenorganisation sind. Warum sollten wir ausgerechnet diese Beziehung auflösen? Wer das rät, meint es nicht gut mit der SP, wer das empfiehlt, will uns schwächen, nicht stärken.

Die drei grossen Solidaritäten

Ich wollte einmal einem chinesischen Minister in wenigen Worten erklären, was das eigentlich heisst, Sozialdemokratie. Ich erklärte es ihm mit den drei grossen Solidaritäten, für die wir uns einsetzen: Solidarität im eigenen Land, internationale Solidarität und Solidarität mit den zukünftigen Generationen.

Solidarität im eigenen Land

Auch wenn die SP in ihrer 120jährigen Geschichte viel erreicht hat, ist ihr Einsatz für eine gerechte Gesellschaft noch lange nicht beendet. Zum eigenen Erbe stehen heisst für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch, die eigene Tradition als Reformpartei, als Fortschrittspartei fortzusetzen. Die SP war und ist die Partei der Gesellschaftsveränderung und damit des Hinarbeitens auf eine bessere Zukunft. Diese Rolle ist noch lange nicht ausgespielt. Vieles von dem, was real existiert in der Schweiz, genügt uns nicht, gemessen an unseren zentralen Werten Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichheit und Gewaltlosigkeit. Die Schweiz braucht immer noch **mehr** Solidarität, nicht weniger – Solidarität zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern, zwischen reich und arm, zwischen den Sprachregionen, zwischen Stadt und Land, zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Wir haben in den letzten Jahren mit der Mutterschaftsversicherung, der Bildungsharmonisierung und den einheitlichen Kinderzulagen einige wichtige sozialdemokratische Projekte erfolgreich abschliessen können. Wir haben damit den Beweis erbracht, dass der gezielte Ausbau des Sozialstaates immer noch mehrheitsfähig ist. Auf diesem Weg müssen wir die Schweiz weiter vorwärts bewegen. Das heisst konkret:

- Wir sind der Chancengleichheit in der Bildung in den letzten 30 Jahren kein bisschen näher gekommen. Das muss sich schnell ändern.
- Die Gleichstellung von Frau und Mann hat noch empfindliche Lücken. Die grösste Baustelle ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Von einer gerechten Wohlstandsverteilung haben wir uns in den letzten zehn Jahren weit entfernt. Die Reichen sind immer reicher und zahlreicher geworden, während gleichzeitig immer mehr Menschen arm sind. Das dürfen wir nicht tatenlos hinnehmen.
- Eine solidarische Gesellschaft darf nicht einem Fünftel ihrer Angehörigen die demokratischen Rechte vorenthalten. Die SP muss sich für das Stimm- und Wahlrecht von Ausländerinnen und Ausländern einsetzen.

Der frei wählbare Altersrücktritt ist ein grosses Stück Freiheit. Wer es sich leisten kann, macht von ihr Gebrauch. Wer es sich nicht leisten kann, geht leer aus. Das ist ungerecht. Die Flexibilisierung des Rentenalters ist die wichtigste Reform unseres grössten Solidaritätswerks, der AHV.

Internationale Solidarität

Das klassische Kampflied der SP ist die „Internationale“. Ihr Refrain endet mit dem Satz: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Dies zeigt, dass wir uns hier auf einer uralten Traditionslinie bewegen und gleichzeitig topaktuell sind, denn was gibt es im weltweiten Zusammenhang wichtigeres zu tun als das Menschenrecht zu erkämpfen? Die internationale Solidarität war im 19. Jahrhundert ein visionäres, idealistisches Konzept. Es bekommt jetzt, im 21. Jahrhundert, mit der Europäisierung Europas und mit der fortschreitenden Globalisierung den materiellen Boden. Das Zeitalter der internationalen Solidarität liegt vor uns, nicht hinter uns. Sie drückt sich in den folgenden politischen Zielen aus:

- Das Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit verstärken und die dafür bereit gestellten Mittel auf 0,7% des BIP erhöhen.
- Am Haus Europa mit bauen.
- Mithelfen, dass Globalisierungsakteure wie die WTO auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtet werden.
- Mit anderen Staaten zusammen Frieden vor Ort sichern, zum Beispiel auf dem Balkan.
- Uns weltweit für die Menschenrechte einsetzen.

Solidarität mit den Nachgeborenen

Wir sind eine Reformpartei. Das schliesst die Fähigkeit ein, uns selbst zu reformieren und – wenn nötig – sogar zentrale Positionen zu verändern. Eine solche Phase machten wir vor 30 Jahren durch, als uns der Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ aufzeigte und der Umweltschutz als neuer Hauptdarsteller auf die politische Bühne trat. Für die SP hatte das eine schwierige Neuorientierung zur Folge. Sie musste sich von ihrer Technikgläubigkeit verabschieden (wir waren bis anhin für AKW und Autobahnen) und sie musste auf kritische Distanz gehen zum ebenso uneingeschränkten Glauben an das Wirtschaftswachstum. Die Nachhaltigkeit wurde ein neuer, zentraler Wert unserer Partei.

Der Kapitalismus behandelt die Natur so wie er früher die Arbeiter behandelte – er beutet sie rücksichtslos aus. Das Resultat ist ein Raubbau an den nicht unbegrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen bei gleichzeitiger gigantischer Umweltzerstörung durch eben diesen Ressourcenverbrauch.

Solidarität mit den Nachgeborenen bedeutet das Gegenteil: Wir wollen den kommenden Generationen eine natürliche Umwelt hinterlassen, in der sie die gleichen Lebenschancen vorfinden wie wir sie vorgefunden haben – wenn nicht sogar bessere. Das wiederum heisst: Das Klima schützen, die Gewässer und die Atemluft reinigen und sauber halten, die Ressourcen nur gebrauchen und nicht verbrauchen, die natürlichen Kreisläufe respektieren, die Artenvielfalt schützen. Diese Solidarität mit den Nachgeborenen betrifft gleichermassen das eigene Land und die ganze Welt, sie ist unauflösbar verknüpft mit den beiden anderen Solidaritäten, von denen ich gesprochen habe. Nichts kann dies besser beweisen als der Klimawandel und der Kampf dagegen.

Ausserordentlicher Parteitag 1. März 2008, Messe Basel

Ralf Dahrendorf hat nicht nur gesagt, das 20. Jahrhundert sei das sozialdemokratische gewesen, er hat auch behauptet, das sozialdemokratische Zeitalter sei vorbei, für immer. So gern ich ihm Recht gebe, was seine erste Aussage betrifft, so dezidiert möchte ich der zweiten widersprechen. Das 21. Jahrhundert wird erst recht ein sozialdemokratisches sein, diesmal aber nicht mehr nur in Europa. Die Europäisierung Europas unter der Führung der EU hat bereits zu einer Internationalisierung der Staatlichkeit geführt und damit auch zur Internationalisierung der nationalen Sozialstaaten. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird auf Weltebene das reproduzieren, was der europäische Binnenmarkt in Europa hervorgebracht hat, die Globalisierung der Staatlichkeit. Unter Führung der UNO ist sie in Ansätzen bereits vorhanden und es gibt für mich keinen Zweifel, dass sich diese noch bescheidene Weltstaatlichkeit in den kommenden Jahrzehnten stark entwickeln wird. So wie der Euro die Konkurrenzwährung zum Dollar geworden ist, präsentiert sich das europäische Sozialmodell als Gegenkonzept zum ultraliberalen Gesellschaftsmodell der USA. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, in diese Weltstaatlichkeit die Sozialstaatlichkeit und die Öko-Staatlichkeit einzupflanzen, so wie sie sie in der Nachkriegszeit in die Nationalstaaten und dann in die EU eingepflanzt hat. Daraus folgt, dass sich unsere politische Arbeit in der Zukunft sehr viel mehr internationalisieren muss. Das 21. Jahrhundert wird nicht automatisch zum sozialdemokratischen, wir müssen es zusammen mit der internationalen Sozialdemokratie dazu machen und wir wollen es dazu machen.

Visionen

Die Sozialdemokratie hat sich immer schon mit Haut und Haaren dem politischen Tagesgeschäft verschrieben, weil sie für die Bevölkerung konkrete Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erreichen wollte. Aber sie hat es sich trotzdem nie nehmen lassen, ihren Blick weit, sogar sehr in die Zukunft hinein zu werfen. Sie hatte immer auch den Mut zur Vision. Wir, die wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts definieren, was Sozialdemokratie ist, sollten diese Tradition der Vision weiter pflegen. Was ist damit gemeint?

Was sind Visionen?

Das sind zum einen weit über den Tag hinausreichende, aber trotzdem sehr konkrete Ziele. Die zwei berühmtesten Beispiele finden sich im Generalstreikprogramm von 1918, nämlich die Forderung nach einer AHV und die Forderung nach dem Frauenstimmrecht. Das waren Ziele, die über Jahrzehnte hinweg die Frage beantworteten: „Was will die SP?“. Die SP wollte eine AHV und die SP wollte das Frauenstimmrecht. Wir verfügen auch heute über solche konkreten Visionen: Die SP will den EU-Beitritt, den Umbau der Volksschule in Tagesschulen, die SP will eine Schweiz ohne AKW und sie will eine AHV mit flexiblem Rentenalter. Das sind Ziele mit extrem viel politischer Substanz und Haltbarkeit. Das sind Ziele, die Identität stiften und der Partei ein zukunftsgerichtetes Gesicht geben. Das sind gute Antworten auf die Frage, was will die SP?

Zu diesen kleinen, aber praktischen Visionen kommt die grosse Vision der Sozialdemokratie. Sie betrifft die Systemfrage, die Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus. Schon im ersten Parteiprogramm von 1888 findet sich die Forderung nach einer über den Kapitalismus hinausgehenden Wirtschaftsordnung und seither ist das in allen Programmen der SP Schweiz in der einen oder anderen Art und Weise der Fall gewesen, zuletzt im noch gültigen Programm von 1982

mit der Formel von der Überwindung des Kapitalismus. Dies zeigt, dass es in unserer Mitgliedschaft schon immer ein tief verankertes Bedürfnis gab, nicht nur pragmatisch Tagespolitik zu machen, sondern auch den ganz grossen Wurf zu denken, zu wünschen, zu fordern.

Ich frage Euch: Sollen wir aufhören, die Systemfrage zu stellen? Schleppen wir da bloss noch historischen Ballast mit? Ist das ein zur Floskel erstarrtes Lippenbekenntnis? Ist mit dem Kapitalismus das Ende der Geschichte erreicht und damit jedes Nachdenken für alles weitere überflüssig?

Das ist weder zu erwarten noch zu hoffen. Es widerspricht jeder historischen Erfahrung, dass mit dieser Wirtschaftsordnung die endgültige erreicht sein soll. Diesen Schluss legt auch der gegenwärtige Zustand der Welt nahe: Massenelend, Kriege und Bürgerkriege, Ausplünderung der Ressourcen, Klimawandel. Die Zustände, die der Kapitalismus in 150 Jahren geschaffen hat, sind der wichtigste Grund für das notwendige Nachdenken über eine andere, eine bessere Wirtschaftsordnung.

Ich stelle Merkwürdiges fest: Es gibt vermutlich keinen einzigen lebenden Schweizer Journalisten und auch keine Journalistin, die unser Parteiprogramm von 1982 gelesen hat, und dennoch wissen alle, dass darin die Überwindung des Kapitalismus gefordert wird. Es belustigt sie, es stört sie, es interessiert sie – wie auch immer, es beschäftigt sie und sie fragen ständig danach und wie es denn damit weiter gehe. Und so war es auch, wenn ich in Sektionsversammlungen über die Revision unseres Parteiprogramms referierte. Immer wurde die Frage nach der Überwindung des Kapitalismus gestellt, und nie wurde ich aufgefordert, diesen alten Zopf abzuschneiden. Ganz im Gegenteil.

Es ist Zeit, diesen Faden wieder aufzunehmen und ihn weiter zu spinnen. Wir sollten die Tradition der Vision weiter führen, wir sollten den Mut zur Vision neu aufbringen. Wir dürfen es uns aber nicht so einfach machen wie beim letzten Parteiprogramm, in dem sich zwar die Formel von der Überwindung des Kapitalismus findet, mehr aber nicht. Und das ist zu wenig. Wir müssen mehr Substanz liefern. Anknüpfen können wir bei Albert Steck, dem Verfasser des ersten SP-Programms von 1888. Hier ist formuliert, was die Sozialdemokratie sei, nämlich die soziale Demokratie und diese wiederum sei die Summe von politischer Demokratie und von Wirtschaftsdemokratie. Die politische Demokratie haben wir, die Wirtschaftsdemokratie haben wir nicht. Willy Brandt wollte in den 70er Jahren "mehr Demokratie wagen", die Schweizer Gewerkschaften taten es mit der Mitbestimmungs-Initiative. Sie wurde abgelehnt, und seither ist Funkstille, seither sendet Radio Vision nicht mehr. Ich plädiere dafür, den Sender wieder in Betrieb zu nehmen. Wenn es wahr ist, dass es keine bessere Herrschaftsform gibt als die Demokratie – warum sollen wir sie der Wirtschaft vorenthalten? Und es ist wahr, es gibt keine bessere Herrschaftsform als die Demokratie. Darum müssen wir auch die Wirtschaftsmacht demokratisieren. Das ist unsere grosse Vision.